

Bundesrat

Drucksache 92/14

06.03.14

Gesetzesantrag

**der Länder Hessen, Bremen,
Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein**

Entwurf eines Gesetzes zur weiteren Vereinfachung des Steuerrechts 2013 (StVereinfG 2013)

Der Hessische Ministerpräsident

Wiesbaden, 5. März 2014

An den
Präsidenten des Bundesrates
Herrn Ministerpräsidenten
Stephan Weil

Sehr geehrter Herr Präsident,

die Hessische Landesregierung hat gemeinsam mit dem Senat der Freien Hansestadt Bremen und den Landesregierungen Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein beschlossen, im Bundesrat die erneute Einbringung des dem Grundsatz der Diskontinuität unterfallenden

**Entwurf
eines Gesetzes zur weiteren Vereinfachung des Steuerrechts 2013
(StVereinfG 2013)
BR-Drucksache 684/12 (B)**

beim Deutschen Bundestag gemäß Artikel 76 Absatz 1 des Grundgesetzes zu beantragen.

Ich bitte Sie, die Vorlage gemäß § 36 Absatz 2 der Geschäftsordnung des Bundesrates in die Tagesordnung der Plenarsitzung am 14. März 2014 aufzunehmen und eine sofortige Sachentscheidung herbeizuführen.

Mit freundlichen Grüßen
Volker Bouffier